

# DIE FACKEL

---

NR. 116

WIEN, MITTE SEPTEMBER 1902

IV. JAHR

---

## DER PARLAMENTARISMUS

Eine Studie von

*Joseph Schöffel*

Motto:

»Schädliche Wahrheit, ich ziehe sie vor dem nützlichen Irrtum,  
Wahrheit heilet den Schmerz, den sie vielleicht uns erregt.«

Goethe.

### I.

Nach einer dreißigjährigen Tätigkeit im parlamentarischen Leben, nach einem ebenso langen Wirken in der autonomen Verwaltung habe ich mich entschlossen, in den Lügennebel, in dem wir leben, hineinzuleuchten, um dem Volke die Gemeingefährlichkeit des parlamentarischen Regimes, das in einem Abgrund der Entartung versunken ist, vor Augen zu führen und zugleich zu beweisen, daß die so sehr gepriesene autonome Verwaltung nichts ist, als eine Fiktion.

Ich weiß, daß ich durch diesen Schritt mir keine Freunde erwerben und die Zahl meiner Feinde vermehren werde und daß ich im Begriffe bin, abermals mit meiner Feder ein Wespennest aufzustöbern. Ich weiß, daß diese meine Aktion von den Höflingen des Volkes, der *serva pecora*, die zahlreicher und gefährlicher sind, als die Höflinge der Höfe, benützt werden wird, um mich zu verdächtigen, daß ich im Auftrage irgend eines Staatsgewaltigen schreibe oder im Solde des Absolutismus stehe. — Die Furcht, verhöhnt zu werden, die Furcht vor Verleumdung, die in der Jetztzeit, innig vereint mit ihren Zwillingschwestern, der grünen Bosheit, der gräulichen Heuchelei wahre Orgien feiert, kann mich aber ebenso wenig abschrecken, die Wahrheit zu schreiben, wie das Bewußtsein, daß das Volk überhaupt für Wahrheit und Vernunft schwer zu gewinnen ist, während es der Lüge und dem Wahn mit Jubelschall huldigt. Die Dogge »Wahrheit« wird ja überall herausgepeitscht, während die Schoßhündchen »Schmeichler, Lügner, Lecker und Heuchler« auf Teppichen beim Ofen liegen und stinken dürfen.

Ich halte es für eine patriotische Pflicht, in der Zeit, welche Zeuge eines Bankerotts des Parlamentarismus gewesen ist, wie die Welt ihn kaum jemals erlebt hat, offen herauszusagen, was alle Denker ohne Unterschied der Partei stillschweigend zugeben: daß der moderne Parlamentarismus, der, wie der alte Revolutionär *Mazzini* erklärte, die korrupteste Regierungsform, die Brut-

stätte jeglicher Korruption ist, in allen festländischen Großstaaten sich als unanwendbar erwiesen hat.

Ich werde diese meine Ansicht, die, wie gesagt, von allen Parlamentariern, mit Ausnahme der Streber und Macher, die sich allein im Schlammeer des Parlamentarismus wohl fühlen, weil sie in diesem ohne Arbeit und Gefahr reichliche Atzung finden, geteilt wird, nicht nur durch meine 30jährige Erfahrung (die, weil sie von einem schlichten Manne herrührt, als nicht beachtenswert verhöhnt würde), sondern vorerst durch Aussprüche der hervorragendsten Staatsmänner der festländischen Großstaaten Europas begründen. »Wenn man vom festländischen Parlamentarismus spricht«, schreibt einer der bedeutendsten Parlamentarier Deutschlands in einer Flugschrift, betitelt: »Aussichten des deutschen Parlamentarismus«, »so muß man von den parlamentarischen Einrichtungen Englands, das von den Blättern des heutigen Liberalismus stets als Beispiel angeführt wird, absehen; denn dieses Inselreich, das des Schutzes stehender Heere nie bedurfte, seit acht Jahrhunderten keine fremde Invasion erlitten, nie eine Periode des aufgeklärten Absolutismus durchgemacht und den Feudalismus überwunden hat, ohne das Knochengestützte seiner aristokratischen Organisation zu zerstören, kann mit demokratisch entwickelten, wegen ihrer geographischen Lage beständig gefährdeten Kontinentalstaaten nicht in eine Parallele gestellt werden.«

Die vor zwanzig Jahren allgemein verlachte Behauptung Stahls, daß der Fortbestand des englischen Parlamentarismus durch seinen aristokratischen Unterbau bedingt sei, wird heute von allen jenen, die sie bestritten und verlacht haben, zugegeben, ja die fortgeschrittensten Liberalen sind darüber einig, daß die beiden großen Parteien Alt—Englands bloße Junkercliquen seien, die es dahin gebracht haben, den Bauernstand zu vernichten und alles bäuerliche Grundeigentum in den Händen einiger Latifundienbesitzer zu vereinigen. Kurz, die jenseits des Kanals mit dem Parlamentarismus gemachten Erfahrungen können bei Beurteilung des Parlamentarismus kontinentaler Großstaaten nicht in Betracht gezogen werden, und es bleibt daher nur die Betrachtung des parlamentarischen Regimes *Frankreichs, Italiens, Deutschlands und Osterreich—Ungarns* übrig.

Frankreichs parlamentarisches Regime besteht nun über hundert Jahre. *Dreimal* hat dieses Regime Bankerott gemacht, — ein *halbes Menschenalter* wurde das Vaterland der festländischen Konstitutionen absolutistisch, regiert, und der *vierte* Bankerott wird nicht lange auf sich warten lassen. Seit der Septemberkatastrophe, d. i. seit dem anarchistischen Regiment der Kommune sind zwei ultramontane, drei republikanische und zwei gemischt republikanisch—sozialistische Perioden über Frankreich hereingebrochen, und die unersättliche Gier der Parlamentarier nach Amt, Würden und Sinekuren hat während dieser Zeit über 360 Minister gestürzt, während alle Anträge auf soziale Reformen auf die lange Bank geschoben wurden. Einer Periode der Herrschaft der Klerikalen, die ein Unterrichtsgesetz, wie dasjenige vom 2. Juli 1895, möglich machte, folgen fünf Jahre später Unterrichtsgesetze, welche die Religion aus der Volksschule ausschließen, und heute endlich die Aufhebung aller von katholischen Kongregationen und Orden errichteten und erhaltenen Schulen und Kinderbewahranstalten, die den Mangel an derartigen Staatsanstalten wettmachten. All diese Sprünge des parlamentarischen Regimes hat das leicht bewegliche französische Volk ohne Emotion über sich ergehen lassen, weil es durch den ihm vom Parlamentarismus eingepflichten sittlichen Nihilismus einer Indolenz verfallen ist, aus der es sich nur unter schrecklichen Konvulsionen zu befreien im Stande sein wird. Der Organismus der Armee, der Stolz der französischen Nation, ist zersetzt, ihr Geist verpes-

tet, — die Disziplin, welche allein die Armee von einer bewaffneten Horde unterscheidet, unterwühlt. Beständigen Klagen über die Abhängigkeit und Gesinnungslosigkeit des mittleren, allen Systemen gleich dienstbaren Beamten­tums, folgen freche Versuche, durch Beseitigung der Unabsetzbarkeit der Richter die Unabhängigkeit des Richterstandes zu vernichten und die richterliche Gewalt zur Beute des Siegers zu machen.

Während alle Parteien, die Konservativen, wie die Liberalen und Sozialisten, die ihnen zufallende Macht in der eigensüchtigsten und rücksichtslosesten Weise ausbeuten und einander in der Schamlosigkeit der Wahlbeeinflussung überbieten, wird eine lächerliche Fiktion aufrecht erhalten, wird dem Volke vorgespiegelt, daß es sich nur um die Ermittlung des Volkswillens handle und daß die wichtigste aller politischen Aufgaben die Findung eines Modus zur Herausdestillierung des Volkswillens sei.

Das ist das Fazit des parlamentarischen Regimes in *Frankreich*, das beim richtigen Namen zu nennen, man bisher unterlassen hat, weil man dem parlamentarischen Prinzip nichts vergeben und einem Präjudiz gegen die Ersprießlichkeit des festländischen Parlamentarismus um jeden Preis ausweichen will.

Über das parlamentarische Regime *Italiens* schrieb der ehemalige *italienische Unterrichtsminister Bonghi im September 1869*, daß »die Geister von Gewalttätigkeiten nur dadurch zurückgehalten werden, daß sie sich jeden Tag einem gesunden, kräftigen Wirken mehr entfremden und die Nation einer langwierigen Impotenz entgegengieht. Die moralische, staatliche und finanzielle Deroute Italiens ist fast einzig und allein auf Rechnung des parlamentarischen Systems zu schreiben. — Dieses System entspricht nicht den wirklichen Bedürfnissen des Landes«. — »Wo die Wählerschaft«, schreibt Bonghi, »durch die Steuerschraube zusammengepreßt werden muß, wo (wie bei uns) kaum die Hälfte dieser Wählerschaft von ihrem Wahlrecht Gebrauch macht, wo die bestimmbaren Massen unter dem Einfluß einer feilen Presse stehen, innerhalb welcher diejenigen Zeitungen sich in das größte Ansehen setzen, welche die ärgsten Torheiten sagen, kann von der Bildung regierungsfähiger Parteien keine Rede sein. — Die fortwährenden Ministerwechsel sind fast ausnahmslos durch Fraktionskoalitionen und Cliquenverschwörungen, durch persönliche Ranküne, wie sie niedriger und gemeingefährlicher kaum gedacht worden kann, und durch die unersättliche Ämter sucht der Abgeordneten hervorgerufen worden. Die den Ministerien und ihren parlamentarischen Anhängern befreundeten und verwandten Kreise sind aber nicht die einzigen, nicht einmal die gefährlichsten Spekulanten auf die Beute, welche bei Regierungsveränderungen zur Verteilung kommt. Die Minister müssen sehr häufig die Stimme oder die Abwesenheit gefährlicher Oppositionsmänner durch alle möglichen Zugeständnisse erkaufen, und die Fürsprache gefürchteter Oppositionsmänner ist häufig wirksamer, als diejenige der Getreuen, der Regierung. — *Daher kommt es, daß das Volk, die öffentliche Meinung, gegen die Diäten der Abgeordneten sind, weil dieselben nicht doppelt entlohnt sein sollen.*«

Den Zusammenhang zwischen den parlamentarischen Gönnerschaften und dem Lieferwesen darzustellen, *die Geschichte der Kirchengüterverkäufe, von denen Italien eben so wenig Nutzen zog, als Österreich von dem Verkauf seiner Staats—und Kron domänen*, zu beschreiben, wäre zu weitläufig. — Minister Bonghi schließt seine Betrachtung des parlamentarischen Regimes in Italien mit den Worten: »Eine von langer Hand unglückliche Verwaltung, — eine politische Gesetzgebung, welche die Regierung so von allen Rechten entblößt, daß ihr nur die Wahl zwischen Sterben und Willkür bleibt, alle ökonomi-

schen und kulturellen Staatsfunktionen durch beständig drohende Veränderungen so gut wie suspendiert, das Finanzproblem ein Stein des Sisyphus!« —

Das ist das Spiegelbild des Wirkens und der Erfolge des Parlamentarismus in *Italien*.

Über den Parlamentarismus in *Deutschland*, dem Vaterlande der Denker, schreibt ein Führer der liberalen Partei in Deutschland das Folgende:

»Der Weg, den die deutsche Volksvertretung bisher zurückgelegt hat, ist durch schwere Opfer ohnegleichen, welche die parlamentarische Majorität dem großen Reichskanzler brachte, bezeichnet. — Das Parlament hat 1867, dem Wunsche *Bismarcks* entsprechend, auf die Forderung der Diäten für den Reichsrat verzichtet, — es hat nicht nur der Konsolidierung der stärksten Armee des Kontinents ungeheure Mittel, sondern auch bei Gelegenheit des Abkommens vom Jahre 1874 konstitutionelle Rechte zum Opfer gebracht, über deren Wert verschiedene Meinungen ausgeschlossen sind. Von einer direkten Teilnahme des Parlaments an der Regierung, wie es sich nach der konstitutionellen Theorie von selbst versteht, ist *seit dem Jahre 1867 nicht mehr die Rede gewesen*. Die Frage nach der Zusammensetzung der Regierung ist gar nie aufgeworfen und eine Heranziehung parlamentarischer Führer zu den Geschäften der Regierung nie zur Bedingung gemacht worden. — *Man ließ nicht nur in praxi, sondern auch in thesi gelten, daß die Zeit für eine parlamentarische Regierung in Deutschland noch nicht gekommen sei und daß es zweifelhaft erscheine, daß eine solche Zeit jemals kommen werde*. Der Führer der national-liberalen Partei erklärte in einer Versammlung seiner Parteigenossen widerspruchslos, daß *seine Partei den Anspruch auf ein parlamentarisches Parteiregiment niemals gestellt habe und daß er eine Partei, welche diesen Anspruch ernstlich erhebe, überhaupt nicht kenne*.«

Diese Klagen der Liberalen, der Väter des Parlamentarismus, über die Wertlosigkeit desselben werden durch die in den Memoiren des *Fürsten Otto Bismarck* enthaltenen Urteile über den Parlamentarismus, die ich hier auszugsweise wiedergebe, erst in das hellste Licht gestellt.

*Bismarck* schreibt:

»Der reine Absolutismus ohne Parlament hat immer noch das Gute, daß ihm ein Gefühl der Verantwortung für eigne Taten bleibt. Gefährlicher ist der durch gefügige Parlamente unterstützte, der keiner andern Rechtfertigung, als der Verweisung auf Zustimmung der Majorität bedarf.«

»Eine Parlamentsherrschaft ist unbedingt und auch durch eine Periode der Diktatur abzuwenden ... «

»Die doktrinären Mißgriffe der parlamentarischen Fraktionen sind den Bestrebungen politisierender Frauen und Priester günstig.«

»Ich bin erstaunt von der politischen Unfähigkeit unserer Kammern, und wir sind doch ein sehr gebildetes Land; ohne Zweifel zu sehr; die anderen sind bestimmt auch nicht klüger, aber sie haben nicht dies kindliche Selbstvertrauen, mit dem die Unsrigen ihre unfähigen Schamteile in voller Nacktheit als mustergültig an die Öffentlichkeit bringen. Wie sind wir Deutschen doch in den Ruf schüchterner Bescheidenheit gekommen? Es ist keiner unter uns, der nicht vom Kriegführen bis zum Hundeflöhen alles besser versteht, als sämtliche gelernte Fachmänner.«

»Ich hatte den Eindruck, daß die leitenden Männer in Parlament und Presse das Programm 'es muß alles ruiniert werden' zum Teil bewußt, zum größern Teil unbewußt förderten und ausführten.«

»Die Überzeugung, daß der Gegner in allem, was er vornimmt, im besten Falle beschränkt, wahrscheinlich aber böswillig und gewissenlos ist, und die Abneigung, mit den eignen Fraktionsgenossen zu dissentieren und zu brechen, beherrscht noch heut das Fraktionsleben.«

»Das politische Strebentum hat heut mehr Anteil an dem Bestehen und Verhalten der Fraktionen, als vor 40 Jahren; die Überzeugungen waren damals aufrichtiger und ungeschulter, wenn auch die Leidenschaften, der Haß und die gegenseitige Mißgunst der Fraktionen und ihrer Führer, die Neigung, die Landesinteressen den Fraktionsinteressen zu opfern, heut vielleicht stärker entwickelt sind. En tout cas le diable n'y perd rien. <sup>1</sup>«

»In unseren Fraktionen ist der eigentliche Kristallisationspunkt nicht ein Programm, sondern eine Person ein *parlamentarischer Kondottiere*. — Auch die Beschlüsse entspringen nicht aus den Ansichten der Mitglieder, sondern aus dem Willen des Führers. Der Versuch einzelner Mitglieder, gegen die Fraktionsleitung aufzukommen, ist mit so viel Unannehmlichkeiten, mit Niederlage in der Abstimmung, mit Störungen in dem täglichen, gewohnten Privatverkehr verbunden, daß schon ein recht selbständiger Charakter dazu gehört, eine von der Fraktionsleitung abweichende Meinung zu vertreten; und Charakter genügt nicht, wenn nicht ein ausreichendes Maß von Wissen und Arbeitskraft hinzukommt.«

»Die Phrase und, die Bereitwilligkeit, im Parteiinteresse jede Dummheit hinzunehmen, decken alle Lügen in dem windigen Bau des Parlamentarismus.«

So dachte und urteilte der große Kanzler über den Parlamentarismus und das mit demselben organisch zusammenhängende Parteiunwesen in Deutschland. Und mit seiner bitteren Meinung klingt die Klage Roon's (24. Juli 1861) zusammen, die sich in einem der von Bismarck mitgeteilten Briefe findet: *»Ich sehe keine, keine Rettung, wenn uns Gott der Herr nicht hilft. In dem Prozeß der allgemeinen Zersetzung vermag ich nur noch einen widerstandsfähigen Organismus zu erkennen, die Armee. Sie unverfälscht zu erhalten, das ist die Aufgabe, die ich noch für lösbar erachte, aber freilich nur noch auf einige Zeit. Auch sie wird verpestet werden, wenn sie nicht zu Taten kömmt, wenn ihr nicht von Oben gesunde Lebensluft zugeführt wird, und das, auch das wird alle Tage schwieriger.«*

Als Ergänzung lasse ich noch die Schilderung des Verkehrs der deutschen Parlamentarier unter sich und im Parlamente folgen und gebe zu bedenken, daß diese Verkehrsformen weit hinter jenen zurückblieben und bleiben, die bei uns in Österreich—Ungarn unter Parlamentariern üblich sind.

Bismarck schreibt darüber im II. Band seiner »Gedanken und Erinnerungen« das Folgende.

»Jeder, der heutiger Zeit in politischen Kämpfen gestanden hat, wird die Wahrnehmung gemacht haben, daß Parteimänner, über deren Wohlerzogenheit und Rechtlichkeit im Privatleben nie Zweifel aufgekommen sind, sobald sie in Kämpfe der Art geraten, sich von den Regeln des Ehrgefühls und der Schicklichkeit, deren Autorität sie sonst anerkennen, für entbunden halten und aus einer karikierenden Übertreibung des Satzes *salus publica suprema lex* die Rechtfertigung für Gemeinheiten und Rohheiten in Sprache und Handlungen ableiten, durch die sie sich außerhalb der politi-

---

1 Auf jeden Fall ist der Teufel nichts dagegen.

schen und religiösen Streitigkeiten selbst angewidert fühlen würden. Diese Lossagung von allem, was schicklich und ehrlich ist, hängt undeutlich mit dem Gefühle zusammen, daß man im Interesse der Partei, das man dem des Vaterlandes unterschiebt, mit anderm Maße zu messen habe als im Privatleben, und daß die Gebote der Ehre und Erziehung in Parteikämpfen anders und loser auszulegen seien, als selbst im Kriegsgebrauch gegen ausländische Feinde. — — — Welcher gebildete und wohlerzogene Deutsche würde versuchen, im gewöhnlichen Verkehr auch nur einen geringen Teil der Grobheiten und Bosheiten zur Verwendung zu bringen, die er nicht ansteht, von der Rednertribüne vor hundert Zeugen seinem bürgerlich gleich achtbaren Gegner in einer schreienden, in keiner anständigen Gesellschaft üblichen Tonart ins Gesicht zu werfen? Wer würde es außerhalb des politischen Parteitreibens mit der von ihm selbst beanspruchten Stellung eines Mannes von gutem Hause verträglich halten, sich in den Gesellschaften, wo er verkehrt, gewerbsmäßig zum Kolporteur von Lügen und Verleumdungen gegen andere Genossen seiner Gesellschaft und seines Standes zu machen? Wer würde sich nicht schämen, auf diese Weise unbescholtene Leute unehrlicher Handlungen zu beschuldigen, ohne sie beweisen zu können? Kurz, wer würde anderswo als auf dem Gebiete politischer Parteikämpfe die Rolle eines gewissenlosen Verleumders bereitwillig übernehmen? Sobald man aber vor dem eignen Gewissen und vor der Fraktion sich damit decken kann, daß man im Parteiinteresse auftritt, so gilt jede Gemeinheit für erlaubt oder doch für entschuldbar.«

(Fortsetzung folgt.)



[Die offizielle Millionendefraudation bei der Länderbank]

**H**err Direktor Palmer soll in Ohnmacht gefallen sein, als er erfuhr, daß bei der Länderbank 4 ½ Millionen <sup>1</sup> defraudiert wurden. So überwältigenden Eindruck kann ihm unmöglich die Höhe der Summe gemacht haben. Denn bei der Länderbank haben vor einigen Jahren bekanntlich 8 Millionen — acht Millionen Gulden — gefehlt, und nach den fehlenden hat nicht bloß kein Aktionär geforscht, nicht nur kein Staatsanwalt gefragt, sondern sozusagen kein Hahn gekräht. Auch blieb dazumal alles hübsch bei Besinnung; nur die Sprache war den leitenden Männern des Instituts im ersten Schrecken verloren gegangen, und sie haben sie bis zum heutigen Tage noch nicht wiedergefunden. Warum also jetzt so viel Lärm schlagen um nichts, um ein paar lumpige Millionen, die die Länderbank offenbar gar nicht braucht, da sie doch vor wenigen Monaten, ohne sich um ihren Entgang zu kümmern, eine — natürlich richtige — Bilanz <sup>2</sup> aufstellen konnte!

1 s. a. »Antworten des Herausgebers«, dort »Herrn Stukart« und »Informierter«

2 Ernstlich gesprochen, und dies ist das wichtigste Faktum in der Affäre Jellinek: Die Direktoren, die jene Bilanz aufzustellen, die Revisoren, die sie zu prüfen hatten, und der Gouverneur der Bank gehören unter Anklage wegen Bilanzfälschung. Denn obgleich sie, redlicher

Daß die Gelder einer Bank nicht immer gerade an den Orten disloziert sind, an denen sie sich nach den Büchern befinden sollten, ist für die Eingeweihten nicht neu. Und es ist auch nicht schwer, ihren der Buchhaltung unbekannt Aufenthaltsort in jedem Falle richtig zu vermuten. Wir haben in Wien eine nicht allzu kleine Zahl millionenreicher Bankdirektoren. Daß die Millionen selbst von 100.000 Kronen Gehalten erspart seien, dürfte nicht einmal der in Finanzfragen bewährten Naivität unserer Staatsanwälte glaublich sein. An der Börse weiß man, daß derartige Vermögen im Spiel mit den Geldern der Banken und, weil die Gelder allzeit vor der Entdeckung ihres Abgangs zurückgestellt wurden, redlich erarbeitet sind.

Nichts anderes, als was ein Dutzend Bankdirektoren vor aller Augen tut, hat auch Herr Edmund Jellinek getan, und die milde Beurteilung, die ihm die Börsenpresse angedeihen läßt, ist wohlberechtigt, weil kein Börsenfachmann an seinen redlichen Absichten zweifeln kann. Herrn Jellineks Vergehen ist lediglich, daß er seine Stellung verkannte und den Kernpunkt des Unterschieds zwischen seinem und eines Bankdirektors Börsenspiel nicht erfaßte. In sanguinischem Vertrauen auf den Erfolg seiner Spekulationen erwog er nur die Methode, Geldbeträge einmal aus den Kassen heraus und ein nächstes mal wieder in sie hinein zu praktizieren. Hätte er auch mit Mißerfolgen gerechnet, so mußte ihm klar sein, daß er nach solchen als Defraudant entlarvt würde, und die Frage, ob denn nicht auch ein spekulierender Bankdirektor im gleichen Falle die Anklage wegen Defraudation zu fürchten habe und wie es komme, daß keiner dieser Gefahr achtet, hätte er leicht beantwortet: Der Direktor hat, wenn's ihm fehlschlägt, nicht für eigene Rechnung defraudiert, sondern bloß *für die Rechnung der Bank Geschäfte gemacht*. Er kann seine Verluste auf normale und honnete Weise von den Aktionären tragen lassen. Weil aber die Übertragung der Verluste des spielenden Unterbeamten nur durch gewaltsame Mittel und unter mannigfachen Störungen der Bilanz möglich ist und nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen kann, läßt sich bei ihr auch der Neugierde der Gerichte und der Subsumierung einer regelmäßigen Erscheinung des Bankenlebens unter den strafrechtlichen Begriff der Defraudation nicht wehren.

Die 'Neue Freie Presse' hat es nicht erst nötig, ihre Leser vom Schottensring über diese Dinge aufzuklären, und überzeugt, daß im engeren Kreise Herrn Jellinek nichts als das läßliche Verschulden, es nicht bis zum Direktor gebracht zu haben, vorgeworfen wird, darf sie alle Mühe darauf verwenden, in weiteren Kreisen für eine nachsichtige Beurteilung der Affäre Stimmung zu machen. »Von befreundeter Seite« — natürlich von einer der 'Neuen Freien Presse' befreundeten Seite — »will man«, so teilte sie am 20. September mit, »der ganzen Affäre sogar die mildere Deutung geben, daß Jellinek *geradezu ein Opfer seines Familiensinnes* sei und daß die Spekulations— und Reichtumsträume ihren Urgrund in dem *edlen Wunsche* hätten, *all den Seinen, Weib und Kind, Eltern und Geschwistern, ein glänzendes Dasein zu bereiten*.« Ganz unwahrscheinlich wird die Erklärung jene nicht bedünken, die seit langem den reichen Kindersegen eines Bankdirektors als Entschuldigung für Spekulationen gelten lassen, mit deren Kühnheit Herrn Jellinek's Geschäfte keinen Vergleich aushalten und die weit näher zum Herrenhaus als zum Zuchthaus geführt haben. Aber die 'Neue Freie Presse' begnügt sich nicht mit der psy-

---

als viele ihrer Kollegen, nicht in betrügerischer Absicht, sondern bloß in grober Fahrlässigkeit unter eine unrichtige Vermögensbilanz ihre Namen gesetzt haben, dürfen die Gerichte sich doch einen Fall nicht entgehen lassen, in dem endlich einmal sonnenklar zu Tage tritt, was man bei den meisten Bankbilanzen bloß vermuten kann: Die Willkürlichkeit ihrer Zusammenstellung.

chologischen Begründung der Affäre Jellinek, sondern sie hat neben Polizei und Strafgericht ein umfassendes selbständiges Verfahren eingeleitet, um die verborgensten Einzelheiten dieses Falles aufzudecken. In Wien ist jedes Tagesblatt zugleich ein Fachblatt, und mit aller Strenge werden die Grenzen der Fächer gewahrt. Wenn's einen Ritualmord gibt, stürzt sich jeder Zeitungsleser morgens auf das 'Deutsche Volksblatt', und niemals ist die Erwartung, hier die eingehendsten Berichte, die farbenprächtigsten Schilderungen zu finden, enttäuscht worden. Bei Raubmorden wiederum kann keine Zeitung mit dem 'Extrablatt' konkurrieren, das in der verwirrenden Fülle der Details nicht ein einziges vergißt und nichts und niemanden unillustriert läßt, wenn sich auch nur der entfernteste Zusammenhang mit dem Verbrechen eröffnet. Die 'Neue Freie Presse' ist das unübertroffene Fachblatt für Bankdefraudationen. Aus allen Eisenbahnstationen der Monarchie lassen ihre flinken Reporter den Defraudanten entwischen, und in Wien sind indessen sämtliche Mitglieder der Redaktion auf den Beinen, um seine und seines Komplizen Verwandtschaft in auf— und absteigender Linie zu interviewen. Zwischen Fichtegasse, Hohenstaufengasse und Schottenring ist ein Permanenzdienst etabliert, und in allen Tonarten wird abends und morgens unaufhörlich die beruhigende Versicherung wiederholt: Sie haben ihn noch nicht! ...

Nur über die Vorgänge im Schoße der Börsenkammer schweigt sich die 'Neue Freie Presse' gründlich aus. Und sie handelt damit jedenfalls vernünftiger als die journalistischen Heißsporne, die der Börsenmoral zu neuem Ansehen verhelfen wollen und höchstens der Börsenkammer eine Blamage zuziehen werden. Diese Unbedachten sprechen davon, daß die Bankhäuser, die für den Defraudanten Börsenwetten ausgeführt haben, zur strengsten Verantwortung gezogen werden sollen. Aber es wäre der Gipfel der Heuchelei, wollte man plötzlich so tun, als ob man nie geahnt hätte, daß Bankbeamte mit Riesenbeträgen an der Börse spielen. Vor Jahr und Tag hat die 'Fackel' auf die Spekulationen des Börsendisponenten der Creditanstalt hingewiesen. Der Mann spielte bei ebendemselben Börsenrat Langer, der auch Herrn Jellineks Aufträge ausgeführt, hatte Glück, kaufte ein Haus und wurde nicht entlassen, sondern in Stellung und Gehalt erhöht. Und wer sind die Richter in der Börsenkammer, denen man zumutet, das Börsenspiel von Beamten zu verdammen! Da ist der Direktor Bauer, ein Großspekulant, da ist der Direktor Rechner, der seine Börsenwetten durch das Kommissionshaus Rosenfeld ausführen läßt. Und will man die Börsenkommissionare Kantor oder Sobotka und wie sie alle heißen mögen, der peinlichen Frage der Angeklagten aussetzen, ob sie selbst nie und nimmer Börsenaufträge von Bankbeamten übernommen haben, Börsenaufträge mindestens, bei denen sie hinter dem Decknamen als Auftraggeber leicht den oder jenen Bankbeamten erkennen konnten?

Es gibt kein widerlicheres Schauspiel als den Versuch, einer in ihrem Wesen unmoralischen Institution Moral anzuschminken, und es gibt kein törichtereres Schwärmen als das für eine korruptionsfreie Börse und korruptionsfreie Banken. Über die Affäre Jellinek und die Zustände, die sie enthüllt, sich aufzuregen, ist nutzlos, und nichts ist mehr zu fürchten, als daß die Wächter des öffentlichen Wohls, da sie sich in eine innere Angelegenheit der Finanzkreise einmischen, ihre wichtigste, sie heute stärker denn jemals mahnende Aufgabe vernachlässigen könnten: *einen undurchdringlichen Kordon um das verseuchte Gebiet zu ziehen.* §

\*

So viel Lärm, weil sich einer durch Flucht der Verleihung des Hofratstitels entzogen hat!



[Die freigesprochene Diebin]

» ... Ein zierliches, kleines Persönchen, schwarzer Seidenrock, lichte Seidenbluse, lichtgraues Jäckchen und Strohhut mit Federnputz geben ihr ein schickes Aussehen ...« So sieht die neueste Berühmtheit aus, um die sich interviewsüchtige Reporter scharen. »Und was werden Sie *jetzt* tun? Gedenken Sie nach Hause zu fahren?« »O nein, ich bleibe in Wien ... Heute abends besuche ich Frau Dr. K., wo ich einen gemütlichen Abend zu verbringen gedenke und vielleicht auch über Nacht bleiben werde.« ... »Hiermit schloß das Interview«, erzählt der Vertreter der 'Wiener Morgen—Zeitung'; »*tänzelnd und sich in den Hüften wiegend*, hatte Anna Seurat das alles in ihrem entzückenden Französisch hervorgesprudelt ... « Ja, wer ist denn die Vielbewunderte? Was hat sie getan, daß jeder ihrer Schritte der Beachtung und Beschreibung würdig befunden wird?

Sie hat 1200 Kronen gestohlen, im Hause jener Frau Dr. K., wo sie jetzt einen gemütlichen Abend zu verbringen gedenkt und vielleicht auch über Nacht bleiben wird. Die Reporter sind außer sich vor Entzücken. Die französische Bonne ist — von den Geschwornen — freigesprochen worden, weil sie 1200 Kronen stahl und nicht etwa bloß 600, die ihr vor einem Erkenntnisentat zu mehrmonatlichem [mehrmonatigen] Arrest verholpen hätten ... Und so wäre man denn beinahe verführt, ein schlechtes Strafgesetz mit all seiner psychologischen Harthörigkeit gegen »deterministisch« denkende Zeitungschmöcke in Schutz nehmen. Welch ein Urbrei von Gerechtigkeit, wenn die Strenge des Gesetzes mit der »unverantwortlichen« Sentimentalität der Volksrichter übergossen wird! Heil den Geschwornen, die niemandem für ihr Urteil Rechenschaft schuldig sind, aber dessen Begründung prompt im 'Neuen Wiener Tagblatt' publizieren! Eine geständige Diebin hat in »momentaner Sinnesverwirrung« gehandelt. So möchten denn ihre Bewunderer von dem Gesetzreformer am liebsten verlangen, er solle das Stehlen überhaupt freigeben, damit zwischen der Meinung des Gesetzes und dem Fühlen des Volkes die Kluft verschwinde. Freilich muten sie ihm damit nicht weniger zu, als daß er gleichfalls in momentaner Sinnesverwirrung handle.

## Konkordats— und Concordiaschule

Die auf der Schattenseite sind wieder einmal nervös, und als ein Symptom nahender Wahlen steigen die Schrecken der Reaktion in unseren Kommerzblättern empor: man droht mit dem Einbruch der klerikalen Schule. Österreich, wahre deine heiligsten Güter! Schirme deine liberalen Schulgesetze!, so rufen sie mit dem gewohnten Freiheitsgeschnobe ihres Handwerks. Was gilt ihrem Erkenntnistrieb die in die Augen springende Tatsache, daß unsere liberalen Greise der Konkordatsschule, die modernen Reaktionäre der Neuschule entstammen! Welche Bedeutung hat für sie der greifbare Ausdruck der Gerechtigkeit, der durch die beiden Denkmäler Thuns und Hasners unter den Arkaden der Wiener Universität bezeugt, wie selbst politische Antipoden sich im gleichen Maße um das Unterrichtswesen verdient machen können! ... Man erinnert sich noch, wie am Fortschrittshimmel der Fichtegasse ein Gewitter ergrimmete, als den Jesuitengymnasien in Kalksburg und Feldkirch das Öffentlichkeitsrecht verliehen wurde, und wie alle politisch Unmündigen sich mit der 'Neuen Freien Presse' über das Ministerium skandalisier-

ten. War diese Maßregel der Regierung etwa gar zweckmäßig? Nun, die Memoiren der Politik mögen uns hierüber Aufschluß geben.

Der Staat hatte bekanntlich mit dem Beginn des »Aufschwungs« auch neue Schulgesetze geschaffen, es fehlte ihm jedoch Autorität und Geld, die Tendenzen der Gesetze auch nur annähernd durchzuführen. Wie geldknapp die Wirtschaft war, beweist der Umstand, daß der Staat nach Sechshundsechzig, also unmittelbar nach seiner militärischen Niederlage, sogar die Beschaffung des Nachwuchses von Berufsoffizieren überwiegend durch militärische Privatschulen, somit ganz kostenlos besorgen ließ. Parallel mit einer unweisen Einschränkung geistlicher Schulen blühte die Liberalität der weltlichen Privatgymnasien, in welchen Unternehmer, wie Bielka und andere, der Aristokratie ungefähr das boten, was die Jesuiten nicht mehr bieten durften, nämlich die traditionelle Standeserziehung. Was aber für den Aristokraten recht, ist für den Bürger billig, besonders in einem Staate, der wie der unsrige auf dem Klassenbewußtsein fußt. Die liberal—politische Zwangsschule, die von einer politischen Minorität festgestellt worden war, stand schon im Moment der Geburt in einem Mißverhältnis zur nationalen und wirtschaftlichen Gesellschaftsgruppierung, war in dieser Hinsicht ein stammfaules Schema, und konnte sich schon deshalb praktisch nicht durchsetzen. Für die einzelnen Spielarten des Slawentums mußten sogleich Ausnahmen geschaffen werden, die Tiroler Volksschule blieb de facto immer unter kirchlichem Einfluß, und eine Abfolge von Verordnungen löste im Lauf der Zeit die ohnedies nur begriffsmäßig bestehende Einheit in Vielheiten auf, wodurch allein den Bedürfnissen der Stände, Konfessionen und Nationen entsprochen werden konnte. Sieht man also von dem dauernden Gewinn ab, der durch die Trennung von Kirche und Schule geschaffen worden war und der auch heute ein unveräußerliches Gut unseres kulturellen Besitzstandes ist, so finden wir von der ursprünglichen Idee der staatlichen uniformen Schule kaum mehr als zusammenhangslose Reste, man müßte denn die administrative Gliederung und das Einlernen der Volkshymne in allen Schulen als Einheiten der liberalen Gesetzgebung betrachten.

Wozu also der Lärm, als die Regierung selbst auf die Gefahr hin, von der 'Neuen Freien Presse' des Klerikalismus bezichtigt zu werden, es für richtiger hielt, Kalksburg unter die Kontrolle des Staates zu stellen? Dieses Kalksburg, das neben dem Theresianum doch die Pflanzstätte der künftigen Minister und Statthalter Österreichs ist! ... Wann wird man im Gehege des Fortschritts überhaupt begreifen, daß die Schule ein Organismus ist, der seinen kulturellen und physischen Nährstoff aus der Gesellschaft zieht und innerhalb einer lebensfröhlichen Entwicklung seine Wandlungsfähigkeit erweisen muß? Und wenn die Schule von der Gesellschaft abhängt und in sie eingegliedert ist, so kann sie demnach aus organischen Gründen sich der Politik nicht verschließen, will sie modern bleiben. Die Luft macht leibeigen, und dem Staat, selbst der herrschenden Partei muß die Schule ein Lösegeld zahlen, um ihren kulturellen Zwecken metabolisch nachkommen zu können, wie denn auch im gleichen Sinne die Wissenschaft seit jeher für die Wahrung ihrer Geistesfreiheit ungeheure Opfer dem Staate, der Kirche, der Gesellschaft hat bringen müssen.

Wenn aber im Staate, in welchem die Neuschule niemals hinsichtlich ihres einigenden politischen Zweckes hat festen Boden fassen können, wenn in dem Verbande, dessen Mitglieder wissen, daß jeder ein anderes Gewicht hat, die einsichtslose Presse bei allen Gelegenheiten brüllt: Alle Körper sind gleich schwer! Für alle die gleiche liberale Schule!, so heißt dies; den erweisbaren Tatsachenstand durch die abstrakte Wahrheit eines Theorems fälschen, die

Unfähigkeit der eigenen Urteilkraft hinter einem geheuchelten Ideal verbergen.

In einem Staate jedoch, unter dessen Verwaltung jede Bevölkerungsklasse ihre legitime Schule hat, somit eine solche, die ihren Kulturbedürfnissen entspricht, wird keiner Sehnsucht nach der Konkordatschule, aber auch nicht nach der Concordiaschule empfinden.

Professor Victor Loos.

\* \* \*

[Affäre Wallburg]

War's möglich? Jener Baron Wallburg und seine Geschwister sollten wirklich die ehelichen Kinder eines Erzherzogs und die Dokumente, die ihre eheliche Geburt bezeugen, sollten dennoch gefälscht sein? Und das vermöchte sich eine in vieljährigen Debatten über die »Affäre« geschulte Logik zusammenzureimen! Keine Wahrheit, so hat man uns Tag für Tag versichert, sei gewisser, als daß Henry's Fälschung die Unschuld des Dreyfus unzweifelhaft mache. Was für ein Schurke war uns nicht Cavaignac, der selbst die Fälschung aufgedeckt und der dann gleichwohl nicht an Alfreds Unschuld glauben wollte! Ist das Dokument unecht, das Dreyfus' Tat beweist, so lehrte dazumal die Logik, dann ist die Tat nicht geschehen. Man mußte erwarten, daß die Zeitungsleute jetzt den Baron Wallburg für gar nicht geboren oder wenigstens für nicht getauft erklären würden, weil der Taufschein unecht war. Aber da die Wahrheit noch immer auf dem Marsche ist und noch immer nicht eingetroffen ist, hat sich die logische Strenge ihrer journalistischen Freunde erweichen lassen. Man hält es heute nicht mehr für ausgeschlossen, daß jemand gefälschte Belege für eine wirkliche Tatsache herzustellen unternimmt, und man will längst nicht mehr in allen Fällen die Richtigkeit des Beweises als Kriterium der Richtigkeit des zu Beweisenden gelten lassen. Man darf immer noch an den pythagoreischen Lehrsatz glauben, wenn auch ein Schuljunge ihn falsch ableitet, und das Resultat, das der dumme Hans von seinem klügeren Sitznachbar Franz abschreibt, bleibt richtig, wengleich davor eine unrichtige Rechnung steht.

†

\* \* \*

[ »S. Altenberg« ]

Eine Notiz in der Nummer 114 der 'Fackel'<sup>1</sup> hat sich mit jener ehrbaren Dame, die einen Novellenband, betitelt »Aus Liebe«, mit dem Namen des Dichters Altenberg versah, und mit dem Verlag E. Pierson in Dresden beschäftigt, der das Werk in Verkehr gesetzt hat. Nun verwahrt sich der Verlag durch eine Zuschrift seines Rechtsvertreters an den Herausgeber der 'Fackel' gegen die Annahme, daß er in Kenntnis des Namensmißbrauchs und in der Absicht, Vorteil aus ihm zu ziehen, gehandelt habe. Der Verlagsvertrag über das Buch sei mit einer Dame abgeschlossen worden, die sich als Fräulein S. Altenberg bezeichnete, und die Verlagsfirma habe nichts davon gewußt, daß die Verfasserin anders heiße. Als Ausrede ist diese Erklärung zu unwahrscheinlich, sie wäre, wenn erfunden, zu schlecht erfunden, als daß sie nicht wahr sein sollte; und der Verlag E. Pierson ist demnach wirklich nicht dolos vorgegangen. Aber von grober Fahrlässigkeit ist er keinesfalls freizusprechen, und er wird mindestens, um diese mildere Auffassung zu rechtfertigen, wenn ihm etwa eine

---

1 # 06

Frau N. v. Ebner—Eschenbach oder ein Herr T. Heyse ihre Werke anbieten sollten, mehr Vorsicht walten lassen müssen. Für das eine Mal sei ihm alles verziehen — bis auf die groteske Anmaßung, die dem Dresdener Rechtsanwalt den Schluß des an die 'Fackel' gerichteten Briefes diktiert hat. »Sie wollen« hieß es dort, »diese Berichtigung in der nächsten Nummer der 'Fackel' gefälligst veröffentlichen und den erhobenen Vorwurf unter dem Ausdrucke Ihres Bedauerns zurückziehen, andernfalls gegen Sie Strafantrag gestellt werden müßte«. Aber nicht zu einer Berichtigung, bloß zu einer Entschuldigung des Verlegers E. Pierson Gelegenheit zu bieten, war die 'Fackel' bereit. Und von »Bedauern« und »Zurückziehen« hatte sie freilich zu hören erwartet; nur hätte die Erklärung des Rechtsvertreters mit den Worten schließen müssen: Der Verlag E. Pierson zieht unter dem Ausdruck seines Bedauerns den Novellenband »Aus Liebe« aus dem Verkehr zurück. Denn es genügt nicht, daß der Anwalt der Firma Pierson auf culpa plädiert, wo ihr dolus zugemutet war. Sie muß auch auf den Gewinn aus dem unlautern Wettbewerb, dessen sie sich ohne Absicht, aber fahrlässig schuldig gemacht, verzichten.

+

\* \* \*

[Aus dem Neuen Freien Zitatenschatz]

Liebe Fackel!

Aus dem Neuen Freien Zitatenschatz, französische Abteilung: »Das ist ein alter hübscher Refrain«, plaudert der Franzosenkenner Herzl, »der uns noch in den Ohren summt: Mimi Pinson, la blonde, qui n'a qu'une robe, au monde.<sup>1</sup>« Das Königreich Zion für einen Band Musset! Im Gebiet der Literatur wird Herzl's I. souveränes Schalten nicht anerkannt, und es kann hier leicht geschehen, daß einer die königlichen Ohren beutelt, in denen es von entstellten Texten summt. Jenen alten hübschen Refrain gibt's nicht, nur eine allbekannte Strophe Alfred de Musset's:

Mini Pinson est une blonde,  
Une blonde que l'on connaît.  
Elle n'a qu'une robe au monde  
Landerisette!  
Et qu'un bonnet<sup>2</sup>.

Kein Wunder, daß über dem Strich noch ärger gesündigt wird. Da schreibt der Leitartikler (24. September): »Das altehrwürdige Haus hält es ja auch sonst gerne mit dem ciel des accommodations, warum gerade diesmal mit dem Himmel, der nicht mit sich reden läßt.« Die 'Neue Freie Presse' ist an jenem Tag mit dem hartherzigen Vater der Gräfin Lonyay recht derb umgesprungen. Aber warum muß einem König die Wahrheit mit falschen Zitaten gesagt werden? Soll das Herzweh der Tochter durch das Kopfzerbrechen des Vaters gesühnt werden, der sich den »ciel des accommodations« gewiß nicht zu erklären wußte? Mühevoll nachdenken führt schließlich zu Tartuffe's Worten (IV. Akt, 5. Szene):

Le ciel défend, de vrai, certains contentements;  
Mais on trouve avec lui des accommodements

1 Mimi Pinson, die Blonde, die auf der Welt nur ein einziges Kleid hat.

2 Mimi Pinson ist eine Blonde, / Eine Blonde wohlbekannt. / Ein einziges Kleid nur hat sie auf der Welt / Landerisette! / Und eine Kappe nur.

Selon divers besoins ...<sup>3</sup>

Ihren Tartuffe sollten die Redakteure der 'Neuen Freien Presse' fleißiger lesen. Kein passenderes Motto ließe sich für das Blatt finden als die Worte, die der Brave in eben jener 5. Szene des 4. Aktes spricht: Et ce n'est pas pécher que pécher en silence. <sup>2</sup>«

---

---

## ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS.

[Die Sittenrichter]

*Gerichtsinspector.* Waren Sie neulich im Strafverhandlungssaal des Bezirksgerichtes Neubau? Der Richter — Herr v. Feyrer ist sein Name — redete einer des Diebstahls angeklagten Frau wie folgt ins Gewissen: Hab'n S' was g'stohl'n? — Angekl. I hab' nix g'stohl'n. — Richter: Wie kommen denn dann die fremden Sachen in Ihren Koffer? — Die Angeklagte erwidert sie besitze einen Teil dieser Sachen schon seit zwei Jahren. Sie habe sich diese angeschafft, als sie mit einem Kinde niederkam. — Richter: SIE SIND JA GAR NET VERHEIRATET, WIE KANN MA DENN DA A KIND KRIEGEN! — Angekl. (kurz): Ledige Leute kriegen aa Kinder. — Richter: JA, LEIDER! SCHAMEN S' IHNA! — Na, hier waren der obligate Eingriff ins Privatleben und die unerläßliche Überschreitung richterlicher Kompetenz wenigstens in die Formen wienerischer Gemütlichkeit gekleidet. Eine peinlichere Überraschung hätte Ihnen jedenfalls das Benehmen jenes Herrn Dr. Feigl bereitet, der als Verhandlungsleiter ein ernsterer Satiriker ist und den die Gerichtssaalreporter durchaus unterschätzen, wenn sie hinter jedes seiner Aperçus »Heiterkeit« oder »lebhaftes, lang anhaltendes Heiterkeit« setzen. Wohl erinnerte das Milieu des Prozesses Mandl an eine Klambriaspartie, an der die Herren Feigl und Pollak munteren Sinnes teilnahmen und bei der nur Sie als Kiebitz gefehlt haben. So lustig es aber in allen diesen Fällen zugeht, so läßt sich leider doch nicht leugnen, daß der Angeklagte das Urteil als Erlösung, den Prozeß als Strafe empfindet. Der Staatsanwalt — er heißt Pollak und wird von Herrn Vergani seiner »trefflichen und markigen Worte« wegen belobt — ruft dem Angeklagten zu: »Wenn für einen Besuch der Fabrik 40 Kronen berechnet werden sollen, dann ist in dieser Summe nicht bloß die Anwesenheit IHRER HÜBSCHEN PERSÖNLICHKEIT enthalten« oder, nach einer andern Version: »War es 40 Kronen wert, daß Sie in die Fabrik gekommen sind und dort IHRE BESONDERS SCHÖNE PERSÖNLICHKEIT ZUR SCHAU STELLTEN?« Der Verteidiger bemerkt, daß der Angeklagte alles, selbst das ihn belastende Material, mit auffallender Sorgfalt aufgehoben habe. »NUR DAS GELD NICHT!« ruft der schlagfertige Herr Pollak. Herr Feigl wird eifersüchtig, sieht sich um seinen Pointenruhm gebracht und holt, da die Lachlust des Auditoriums schon ganz dem Staatsanwalt überlassen scheint, zu einem besondern »Schlager« aus. Er wird pikant. Schon die ganze Zeit hat er mit einem Päckchen Briefe gespielt. Was mag es nur enthalten? Endlich ist der Moment gekommen: »1894 hatten Sie Beziehungen zu einer Choristin von 'Venedig in Wien', der Sie monatlich 100 Gulden gaben. Auch Pretiosen im Werte von 300 Gulden hat dieses Mädchen von Ihnen erhalten. — Angekl.: Das Verhältnis dauerte nur von Juli bis Dezember. Präs.: Diese Verbindung war nicht die einzige. Es wurden Briefe einer Wiener Chansonettensängerin aus Petersburg vorgefunden, deren Inhalt GERADEZU ABSTOSSEND IST. — Angekl.: Für den erotischen Inhalt

---

3 Der Himmel verbietet wahrlich bestimmte Befriedigungen; / Doch kann man sich mit ihm aussöhnen / Je nach verschiedenen Bedürfnissen ...

2 Sündigen ist kein Sündigen, wenn es im Stillen geschieht.

dieser Briefe bin ich doch nicht verantwortlich. Ich habe ihr immer anständig geschrieben oder überhaupt nicht geantwortet. Präs.: ICH WOLLTE NUR BEMERKT HABEN, DASS EIN ANSTÄNDIGER MANN NACH SOLCHEN BRIEFEN DEN VERKEHR MIT EINER SOLCHEN FRAU NICHT MEHR FORTSETZT.« Hundert lüsterne Blicke sind auf das Teufelspäckchen gerichtet, das Herr Dr. Feigl in seiner Hand hält. Aber die Spannung mit absichtsvoller Taktik erhöhend, spricht er die Worte: »Die Geschwornen werden VIELLEICHT in geheimer Sitzung den Inhalt der Briefe kennenlernen.« Herr Bernhard Buchbinder hätte es als Verhandlungsleiter auch nicht besser getroffen. Auch er hat immer bloß angedeutet und nicht ausgesprochen. Und zum Schluß löst sich die allgemeine Erwartung in ein schalkhaft kicherndes Nichts auf. Der Verhandlungsleiter nimmt nach einigen Stunden das Päckchen zur Hand und sagt: »Hier sind die Briefe von weiblicher Hand, von denen ich bereits gesprochen habe, von einer Dame, die sich dazumal in Petersburg aufgehalten hat, welche so unanständig und so obszönen Inhaltes sind, daß ICH MICH SCHÄME, SIE SELBST IN GEHEIMER SITZUNG VORZULESEN. SIE SIND DAS UNFLÄTIGSTE, DAS EINE FRAU ÜBERHAUPT SCHREIBEN KANN.« Nun hat der Präsident nur mehr einen Wunsch: daß der Angeklagte »zugebe«, die Briefe seien anstößigen Inhaltes. Das tut der Angeklagte, meint aber, er sei dafür nicht verantwortlich zu machen. »ABER FÜR DIE FORTSETZUNG DES VERHÄLTNISSES« ruft jetzt wer? Herr Feigl? Nein: Herr Pollak, der gemerkt hat, daß man mit Pikantem besser wirke. Der Präsident »schämt« sich inzwischen. Wie machen's doch die Kulissenplauderer? »Geschichten könnte ich erzählen, Geschichten! Na, es ist besser, man schweigt darüber!« Angeregt kehrten zwölf Männer aus dem Volke an jenem Abend zum häuslichen Herd zurück, zwölf Frauen aus dem Volke horchten spannungsvoll der Kunde von halb erlebten Abenteuern aus der Gerichtsstube, und ein paar Dutzend Kinder aus dem Volke mußten daweil »hinausgehen«. So ward im Volke Moral verbreitet. Schmunzelnd hatten die Reporter die zum Nachweise einer Veruntreuung höchst wichtige Tatsache, daß der Delinquent schweinische Briefe bekam, der breiten Öffentlichkeit überliefert; der Ehrenmann vom 'Deutschen Volksblatt' aber stilisierte jene Stelle des Berichtes folgendermaßen: »Der Vorsitzende verliest die Aussage dieser Sängerin, DEREN NAME JEDOCH NICHT GENANNT WURDE. ES IST DIE JÜDIN ... (folgt der volle Name).« Aus dem reichen Schatz an Lebenserfahrung (abgeleitet aus der Rubrik »Wiener Leben«), den der Leiter jener lieblichen Verhandlung dem Auditorium erschloß, sei noch eine Gedankenperle aufgehoben. Zu dem »Geständnis« des Angeklagten, daß er manche lustige Nacht mit einer — in ALLEN Zeitungen genannten — Dame verbracht habe, bemerkte Herr Dr. Feigl: »Es gilt allgemein, wenn jemand mit einer Dame eine Nacht zubringt, daß das AUSSERHALB DES GEWÖHNLICHEN RAHMENS ist.« Die Wahrheit dieses Satzes ist ebenso unbestreitbar wie die Tatsache, daß erotische Briefe, die eine Frau an ihren Liebhaber schreibt, in dem Moment abstoßend, obszön und scheußlich sind, da ein Dritter, den sie nichts angehen, in sie Einblick nimmt. So hat denn wirklich, ohne es zu wollen, die Petersburger Chansonettensängerin das Schamgefühl des Herrn Dr. Feigl gröblich verletzt. Er aber war klüger und bewahrte wenigstens die Geschwornen vor solchem Affront. Mit feinem Takt sehen wir jene richterliche Naivität angenehm gepaart, die jedesmal in grenzenloses Staunen gerät, so oft die Fabelkunde in den Gerichtssaal dringt, daß es in der weiten Welt so etwas wie außerehelichen Geschlechtsverkehr gibt. Und der Verteidiger selbst, der die duftendsten Barreaublüten um das Märtyrerhaupt des defraudierenden Kollegen wand und lebhaft dagegen protestierte, daß dessen Moral mit der allgemeinen Standesmoral nicht identisch sein solle, ließ sich auf das sittenrichterliche Terrain verlocken. Er sprach von »diesen Zerrbildern der Weiblichkeit« und von dem »Weibe«, das sein Klient

»in der Gosse fand«. Herr Mandl hat sie alle stets »wie seinesgleichen« behandelt; aber in Wirklichkeit sind sie es, die den edelsten Depotdieb zu sich herunterziehen. Rechter Hand, linker Hand — alles vertauscht. Nicht Herr Mandl war mehr wegen Veruntreuung, sondern eine Sängerin in Petersburg wegen leichtsinnigen Lebenswandels vor den Wiener Geschwornen angeklagt. »Ich wollte nur bemerkt haben, daß ein anständiger Mann nach solchen Briefen den Verkehr mit einer solchen Frau nicht mehr fortsetzt.« Welche Sorgenlast sich doch diese Herren, die immer über amtliche Überbürdung klagen, freiwillig aufhalsen! Wenn ihnen schon das Leben, in dem höchstgestellte Männer nicht nur die Empfänger, sondern zuweilen auch die Absender zotiger Briefe sein sollen, fremd ist, so mögen sie sich wenigstens der Gerüchte erinnern, die vor einigen Monaten den Tod eines hohen Richters umschwirrt haben. Daß diese, mit oder ohne Grund, entstehen konnten, sollte sie lehren, daß auch der Talar einen Menschenleib umschließt, und sie zum Verzicht auf die anmaßende Sittenrichterei bestimmen.

[Herrn Stukart]

*Herrn Stukart.* Das Defraudantenblatt in der Fichtegasse schildert am 22. September in detaillierter Weise die Szenen, die sich beim Verhör der Frau Jellinek im Amtszimmer des »Sicherheits—Chefs« abgespielt haben. Zum Schluß des Berichtes heißt es:

»Gestern also, beim Verhöre der Damen, als Frau Jellinek auf die Fragen des kaiserlichen Rates Stukart Antwort gab, erhob sich plötzlich Frau Pollak und rief in Erregung: 'Dein Mann ist an allem schuld! Dein Mann hat uns ins Unglück gebracht!' Die schwer bedrückte Frau Gisela Jellinek war bei dieser furchtbaren Apostrophe einer Verzweifelten fassungslos und keines Wortes mächtig. Man mußte die Frauen beruhigen, ehe sie weiter einzuvernehmen waren. Trotz dieser Szene verkehrten die beiden Damen dann wieder ganz freundschaftlich« ...

Das 'Extrablatt', das nur über Mörderangelegenheiten informiert ist, faßte sich kürzer und schrieb bescheiden: »Die Details dieser interessanten Vernehmungen ENTZIEHEN SICH vorläufig der Veröffentlichung«. Sollten, so frage ich nun, am Ende die Frau Jellinek und die Frau Pollak der 'Neuen Freien Presse' über ihre Seelenzustände während des Verhörs Mitteilung gemacht haben? Ich kann's nicht glauben. Vielleicht bemüht sich der Herr Polizeipräsident, dem Gewährsmann, der über die Vorgänge »im Amtszimmer des Sicherheits—Chefs« an Zeitungen berichtet, auf die Spur zu kommen. Er wird ihn sicherlich früher finden als den Defraudanten Jellinek.

[Zur Affäre Jellinek]

*Informierter.* Ihre Vermutung, daß die im »Economist« der 'Neuen Freien Presse' vom 20. September veröffentlichte »Ansicht eines kompetenten Fachmanns« über die Defraudation bei der Länderbank von einem der gewesenen Direktoren herrühre, bedürfte denn doch noch ausreichender Bestätigung. — Die Deutung der »Hut—Episode« scheint mir von vornherein plausibler. Jellinek habe in Wien vor seiner Flucht einen zweiten Hut gekauft. So meldete die 'Neue Freie Presse' fälschlich und NANNTE DEN HUTMACHER. Sie ist eben der Behörde auf jede Weise behilflich und läßt deren Polizeiaagenten von ihren Inseratenaagenten begleiten.

[ »Senden Sie gef. ein!« ]

*Leser.* Es bleibt also dabei: man kann Herrn Sigi Bergmann »nix beweisen«. Und auf Vermutungen gibt er bekanntlich nichts. Diesmal gäbe es wieder allerlei zu vermuten. Aber wer kann Sigi Bergmann ins Innere blicken und wissen, warum sich die 'Extrapost' gar so sehr über die bulgarische Anleihe,

die sie den »Pumpversuch Bulgariens« nennt, ereifert! »Daß bei der Anleihe schade um die INSERTIONSSPESEN ist, das ist«, versichert Herr Bergmann, »doch wohl jedermann, der nicht zufällig Direktor des Wiener Bankvereins ist, klar.« Seltsam! Alle anderen Blätter haben die Insertionsspesen eingesteckt. Wenn man nur wüßte, wann eigentlich Herr Bergmann zur Überzeugung, daß es schade um sie sei, kam: nachdem er das Inserat abgelehnt hatte, oder nachdem es ihm versagt worden war. Die 'Extrapost' hat am 22. September ein klägliches Bild geboten: der Raum, in den sich der Prospekt der bulgarischen Anleihe passend eingefügt hätte, war ganz mit Schimpfereien über diese Anleihe ausgefüllt. Schimpf und schade um die Insertionsspesen! Fast hätten diesmal die stereotypen Angriffe auf den Herausgeber der 'Fackel' im Übersatz bleiben müssen. Der dringende Appell an Joseph Schöffel und Professor Loos, sie mögen ihre Tätigkeit für die 'Fackel' einstellen, ist in der vorliegenden Nummer beantwortet. Beiden Herren wurde, wie sie mir mitteilen, die 'Extrapost' INS HAUS GESCHICKT, und Herr Sigi Bergmann wird jetzt prahlen können, daß Schöffel und Professor Loos ihn einer prompten Antwort würdigen.

[Kaiserworte]

*Staatsanwalt.* »DIESE KLEIDER SIND BESONDERS IM SOMMER SEHR PRAKTISCH, WEIL SIE NICHT SO WIE KAUTSCHUK DIE LUFTZIRKULATION VERHINDERN UND SEHR LEICHT SIND. SIE SIND DAHER AUCH DER GESUNDHEIT NICHT SCHÄDLICH«. Diese Annonce soll nach Versicherung der 'Neuen Freien Presse' am 20. September der Kaiser dem Chef der Firma Rothberger zugerufen haben, der ihm bei seinem Besuche der Fischei—Ausstellung die »Kleider aus Burberry« zeigte. Und einem Fischfutter—Konservenfabrikanten habe der Monarch »SEINE BEWUNDERUNG« ausgesprochen, »DASS DIE EIWEISSKÖRPER AUS DEM GETREIDE IN SO FRAPPANT SCHÖNER QUALITÄT GEWONNEN WERDEN KÖNNEN«. — Lieber Staatsanwalt! Ich bin hier neulich für die Straffreiheit gewisser Vergehungen und Verirrungen eingetreten und habe Sie vielleicht durch eine Toleranz überrascht, die Sie von einem so ausgepichteten Reaktionär und Staatsfreund nicht erwartet haben mögen. Aber heute pulvere ich Sie wieder auf. Heute sage ich Ihnen: Zeigen Sie MEHR MUT NACH OBEN, ich meine: gegen die Journaille. Wagen Sie es endlich, sich zu rühren und der schwersten Form von Beleidigung des Monarchen, DER MAJESTÄTSBELEIDIGUNG AUS GEWINNSUCHT, einen Riegel vorzuschieben! Wie lange soll der Skandal noch geduldet werden, daß Kaiserworte zu Reklamezwecken erfunden, verändert und nach der dreimal gespaltenen Nonpareille—Zeile verkauft werden? Wie lange werden Sie zusehen, daß die Majestät zu Profitzwecken einer Kleiderfirma entheiligt und eine unerwünschte Geschäftsverbindung zwischen dem Hause Habsburg und dem Hause Rothberger geschaffen wird? Wie oft noch wird uns erzählt werden dürfen, daß der Monarch, dessen anders als in Ehrfurcht zu gedenken das Strafgesetz verbietet, einem Fischfutterhändler »seine Bewunderung« ausgesprochen habe? Wahrlich, nicht selten haben Sie in einer ernsten politischen Betrachtung über die zwischen monarchischer Gewalt und Verfassungsrechten gezogenen Grenzen eine Majestätsbeleidigung erblickt und die Ehrlichkeit des freien Schriftstellers dafür, daß er Staatstreue nicht mit Offiziosentum verwechselte, zur Vermögensstrafe einer konfiszierten Auflage verurteilt. Gegen das verächtliche Gezücht aber, das aus der Ehrfurchtsverletzung ein Inseratengeschäft macht, des Kaisers Ansehen für Warenreklamen ausschrotet und zwischen Anerkennung und Bewunderung des Monarchen eine Preisdifferenz eintreten läßt, haben Sie den § 63 noch nie strapaziert! Und dennoch hatten am Morgen des 21. September hunderttausend Leser der 'Neuen Freien Presse' den Eindruck, daß hier nicht nur häßliche Gesinnung, sondern eine wahrhaft verbrecherische Niedertracht ihr Spiel getrieben. Was würde in Deutschland geschehen, wenn der redselige Repräsen-



tant dieses Reiches die liebenswürdige Gewohnheit unseres Monarchen, industriellen Ausstellern ein freundliches Wort zu sagen, nachahmte und die 'Vossische Zeitung' oder das 'Berliner Tagblatt' es wagten, die Publikation des Kaiserwortes sich mit zehn Mark pro Zeile und mehr bezahlen zu lassen? Bei uns darf ein Gefolge von Erpressern hinter dem allerhöchsten Herrn von einem Objekt zum andern schreiten und mit jedem Beteiligten um den Text des soeben gespendeten Lobes feilschen. Ein prämiierter Aussteller, den der Kaiser der Ansprache würdigte, schildert mir das Treiben, das sich auch diesmal wieder mit uneingeschüchterter Frechheit entfaltet hat. Sein Name ist in keiner Zeitung genannt; denn er hatte es abgelehnt, die festgesetzte Taxe zu erlegen, und mutig die drängenden Reporter aus seiner Nähe gescheucht ... Lieber Staatsanwalt! Die Unmoral: die den offenen Handel mit Kaiserworten ermöglicht und duldet, ist weit schlimmer als jene, die in den Briefen einer Petersburger Chansonettensängerin an ihren Wiener Liebhaber verschlossen liegt.

[Herrn Prof. Singer]

*Herrn Prof. J. Singer.* Bei mir erliegen etwa 20 »STRENG VERTRAULICHE« Zirkulare, die Sie an Freunde und Interessenten des demnächst erscheinenden Tagblattes 'Die Zeit' als Aufforderung zum Abonnement versendet haben. Ich bitte, die diesen Zirkularen beigeschlossenen Antwortkuverts, die für mich ohne Interesse sind, für Sie aber, da auf jedem eine 10 Heller—Retourmarke aufgeklebt ist, einen Wert von 2 Kronen repräsentieren, aus dem Verlag der 'Fackel' gegen Vorweisung einer Legitimation abholen zu lassen.

---

---

## Berichtigung

In den Nummern 114 und 115, die der Herausgeber in Bahnferne vom Druckort geschrieben, redigiert und korrigiert hat, sind einige Irrtümer stehen geblieben, deren Richtigstellung nicht mehr rechtzeitig oder nur in einem Teil der Auflage durchgeführt werden konnte. In Nr. 114 hat es auf S. 11, in der vierten Zeile der Fußnote, statt »sein bestes Deutsch« natürlich: ihr bestes Deutsch zu heißen. — In Nr. 115, S. 6, 10. Zeile von oben, ist statt »einer Aufteilung« zu lesen: der Aufteilung; S. 8, 7. Zeile von unten, statt »Einfluß gewinnen, man müßte«: Einfluß gewinnen könnte, man müßte. S. 9, 7. ff. Zeilen von unten, statt »ist ja mitgefangen und muß sogar doppelte Schuld büßen. Natürlich, und der Staatsanwalt kennt nicht einmal, wie man meinen sollte, die Pflicht der Dankbarkeit«: ist doch mitgefangen und muß sogar doppelte Schuld büßen! Natürlich; und der Staatsanwalt kennt nicht einmal die Pflicht der Dankbarkeit; S. 11, 19. Zeile von oben, statt »Wucher und Ausbeutung gedeihen, solange das strafgesetzliche Risiko mitbezahlt werden muß«: Wucher und Ausbeutung gedeihen, solange dem Händler mit Liebe das strafgesetzliche Risiko mitbezahlt werden muß; ebenda, zwei Zeilen tiefer, statt »nicht vergewaltigt, vermehrt nur«: nicht verleitet, mehrt nur; S. 15, 19. Zeile von unten, statt »berichtigt«: richtiggestellt; ebenda, zwei Zeilen tiefer, statt »in Wirklichkeit«: seiner Berichtigung zufolge; S. 18, 8. Zeile von oben, statt »die zutreffende Bemerkung«: die unabweisliche Bemerkung.

---

## **MITTEILUNG DES VERLAGES**

Wir ersuchen dringend, Zuschriften administrativer Art, als da sind: Abonnementaufträge, Adressveränderungen, Reklamationen, nicht an den Herausgeber, sondern an den Verlag 'Die Fackel' III. Hetzgasse 4, zu adressieren, da die Übersendung derartiger Mitteilungen an den Herausgeber die Erledigung verzögert oder verhindert.

---

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: Karl Kraus.  
Druck von Jahoda & Siegel, Wien, III. Hintere Zollamtsstrasse 3